



aus Wiesbaden

Nr. 26– Februar 2007

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die Hessische SPD startet mit dem Beginn des Jahres 2007 in den Landtagswahlkampf. Gut begonnen hat das neue Jahr nicht – die peinliche Panne bei der Oberbürgermeisterwahl in Wiesbaden hat zwar allein die lokale SPD vor Ort zu verantworten. Doch die politische Blamage der Wiesbadener Sozialdemokraten lähmte zunächst auch landesweit den Schwung und die Aufbruchstimmung der SPD. Dabei lohnt es sich, in den vor uns liegenden Monaten unsere programmatischen und personellen Alternativen deutlich zu machen. Die Alleinregierung der CDU hat längst ihren Zenit überschritten und trifft politische und personelle Entscheidungen mit beispielloser Arroganz und ohne Skrupel. Um die Verfassungswidrigkeit der Landeshaushalte zu verschleiern, wird Landesvermögen verschleudert und später wieder angemietet. Für den Kauf von Schlössern und die Unterstützung der Grafen zu Erbach ist Geld da, aber für Familienberatung, Frauenhäuser und Kinderbetreuung werden Mittel gestrichen. Wichtige Funktionsstellen bei Justiz und in den Schulen werden ohne Skrupel ausschließlich nach dem Parteibuch vergeben. Die Hessische CDU ist auf dem Wege, die Grenzen zwischen Partei und Staat zu verwischen. Es lohnt sich also, die Regierung Koch zu stoppen. Gemeinsam haben wir dazu die Chance.*

Eure

Heike Habermann

Der Countdown läuft

Zuerst war die Inbetriebnahme der neuen Landebahn zur Fußball-WM in 2006 geplant. Jetzt soll frühestens Ende 2007 der Planfeststellungsbeschluss gefasst werden, der den Bau ermöglichen kann. Planungstechnische Hürden, jede Menge Verfahrensmängel und das Ausschöpfen aller rechtlichen Instrumente haben den Bau der Nordwestbahn um mindestens 5 Jahre verzögert. Im März wird sich der Hessische Landtag ein letztes Mal zum geplanten Flughafenausbau äußern, wenn der Landesentwicklungsplan zur Abstimmung gestellt wird. In diesem ist die Nordwestbahn als Ausbauvariante festgeschrieben. Die Abgeordneten haben kein Recht, den Landesentwicklungsplan in Details zu ändern. Möglich ist nur ein Ja, ein Nein oder eine Enthaltung. Aus Offenbacher Sicht fällt diese Entscheidung nicht schwer. Schon jetzt verzögert der zunehmende Fluglärm viele Entwicklungsvorhaben in unserer Stadt und belastet die Gesundheit der Offenbacher und Offenbacherinnen.

Doch politisch lässt sich die Nordwestbahn nicht verhindern, notwendig ist weiterhin das Ausschöpfen aller Rechtsmittel im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens auch durch die Stadt. Da Fraport ausschließlich den Bau der Nordwestbahn

beantragt hat, wird das Wirtschaftsministerium auch nur darüber zu entscheiden haben. Diskussionen um andere Bahnvarianten sind deshalb Diskussionen um verschüttete Milch und schwächen letztlich die Front der Kommunen, die gegen den Flughafenausbau stehen.

Wahlkampf aus dem Landeshaushalt

Stell dir vor, die Landtagswahl naht. 2000 hessische Schulleiter werden an einem Samstag in die Jahrhunderthalle nach Höchst dienstverpflichtet. Die Landesregierung erwartet sie zu einem Kongress zum Thema Selbstverantwortung in Schulen. Die Ganztagsveranstaltung bietet ein inhaltliches Referat eines Wissenschaftlers, das sich zwischen den Ansprachen der Kultusministerin und des Ministerpräsidenten versteckt. Außerdem gibt es noch etwas kulturelle Unterhaltung in Form eines Kabarets für die Schulleiter, die letztlich gezwungen sind, für den bildungspolitischen Wahlkampfauftakt der Hessischen CDU die Kulisse zu bilden. Finanziert wird das Spektakel am 3. März aus dem Landeshaushalt – böse Zungen munkeln von Gesamtkosten von 250.000 Euro. Unkommentiert bleibt dieser schamlose Griff in die Landeskasse für Wahlkampfzwecke nicht – in der nächsten Ausschusssitzung wird die Kultusministerin erneut Rede und Antwort stehen müssen. Je weniger ihre Bildungspolitik in den Schulen und bei den Eltern verfängt, umso skrupelloser versucht Frau Wolff, mit Einsatz aller Mittel – und seien es Mittel des Steuerzahlers – mediale Oberhand zu gewinnen. Wer sich Selbstverantwortung zum Thema macht, sollte zunächst an die eigene Verantwortung denken und den Landeshaushalt mangels überzeugender Konzepte zum Steinbruch für Wahlkampfaktivitäten machen.

Nachhilfe vom Umweltministerium

Im Jahr vor der Landtagswahl tut eine Regierungspartei natürlich alles, um die politischen Erfolge der eigenen Regierung noch einmal zu würdigen. Beispielsweise werden Große Anfragen an die Ministerien gestellt, deren Antworten dann mit gegenseitigem Schulterklopfen unter Verleihung von Lorbeeren an CDU und CDU-Minister im Landtag debattiert werden – in der Hoffnung auf Presseberichterstattung. Das ist legitim. Die Hessische CDU jedoch lässt sich diese Anfragen offensichtlich von den Beschäftigten der Landesverwaltung schreiben, missachtet einmal mehr alle parlamentarischen Spielregeln und verwischt die Grenzen von Staat und Partei. Nach dem Motto ‚Was wir schon immer gerne gefragt werden wollten‘ wurde an Abteilungsleiter des Umweltministeriums der Auftrag erteilt, Ideen für Anfragen an die CDU-Fraktion zu liefern, „um unsere Politik und das Erreichte auch im Plenum positiv darzustellen.“ Offensichtlich hat die CDU-Fraktion diese Nachhilfe der Ministeriumsmitarbeiter bitter nötig. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden bisher 53 Große Anfragen im Parlament bearbeitet, allerdings kamen nur vier davon von der CDU. Wer selbst noch nicht einmal fragen kann, sollte schon gar nicht regieren dürfen
meint



Die SPD wird gegen die Einführung von Studiengebühren in Hessen ab dem Wintersemester 2007/2008 Verfassungsklage erheben. 43.000 Hessen müssen den Aufruf zur Verfassungsklage unterschreiben. 14.000 haben dies inzwischen getan. Das Formular findet ihr hier: www.fuer-solidaritaet-und-freie-bildung.de/fileadmin/formular.pdf oder über das Parteibüro. Bitte unterstützt mit eurer Unterschrift die Klage!